

Verteidigung stärker über Steuern finanzieren

Die Zinsausgaben des Bundes werden in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Das liegt am höheren Zinsniveau und den Verteidigungsausgaben.

Wenn es bei permanent hohen Ausgaben für die Bundeswehr bleibt, sollten diese nicht dauerhaft durch Kreditaufnahme finanziert werden. Andernfalls könnten die Zinszahlungen im Jahr 2050 ein Viertel der Steuereinnahmen verschlingen. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Analyse des IMK-Forschers Klaus Seipp. Der Finanzexperte hat untersucht, wie sich die Zins-Steuer-Quote, also das Verhältnis zwischen den Zinsausgaben und den Steuereinnahmen, in der Vergangenheit entwickelt hat und welche Werte die Quote voraussichtlich in Zukunft annehmen wird.

2021 gab der Bund gerade einmal 1,5 Prozent seiner Steuereinnahmen für Zinszahlungen aus, 2025 waren es 7,7 Prozent. Die Differenz geht keineswegs auf einen Anstieg der Staatsschulden zurück. Der Bruttoschuldenstand Deutschlands lag 2021 mit 67,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sogar höher als 2025 mit 63,5 Prozent. Entscheidend war vielmehr der massive Anstieg der Renditen von Staatsanleihen. Bis zur Zinswende im Jahr 2022 konnte sich der Bund zeitweise sogar für negative Zinsen neue Mittel am Kapitalmarkt leihen. Doch diese Phase ist vorbei, heute liegen die Zinsen für zehnjährige Staatsanleihen bei rund drei Prozent.

Allerdings dürfte der absehbare Schuldenanstieg ein wichtiger Faktor für die steigende Zinslast werden, so Seipp. Durch die Bereichsausnahme Verteidigung, die eine Kreditaufnahme über die zuvor geltenden Grenzen der Schuldenbremse hinaus ermöglicht, und – in geringem Maße – das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wird die Verschuldung voraussichtlich deutlich wachsen. Die Schuldenquote der Bundesrepublik insgesamt könnte bis 2040 auf über 90 Prozent des BIP steigen.

Von 2019 bis 2030 steigt die Zins-Steuer-Quote nach Angaben des Bundesfinanzministeriums um 13,2 Prozentpunkte. Von den Faktoren, die zu einem Anstieg der Quote führen, entfallen rund 40 Prozent der Analyse zufolge auf veränderte Marktbedingungen: die Erhöhung des sogenannten impliziten Zinssatzes, die widerspiegelt, wie viel mehr der Staat zur Refinanzierung alter Kredite oder zur Aufnahme neuer Kredite ausgeben muss. Für einen weiteren Teil des Anstiegs ist die Ausweitung des Kreditvolumens für Infrastruktur und Verteidigung verantwortlich, wobei die Verteidigungsausgaben den Löwenanteil ausmachen. Der nächste große Posten ist die gewöhnliche Neuverschuldung. Auch die erwartbar schwache Entwicklung der Steuereinnahmen schlägt zu Buche.

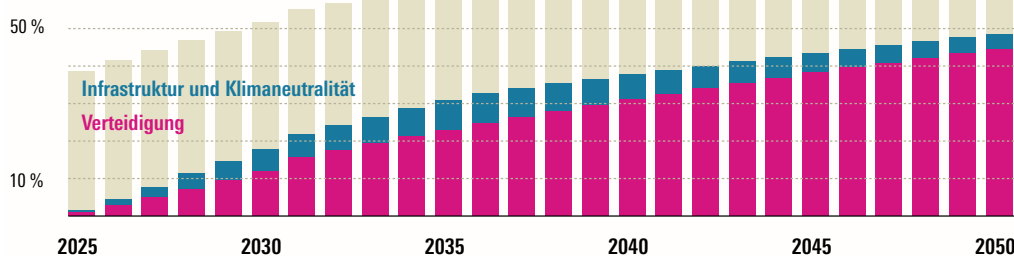
Der IMK-Forscher kommt auf Zinskosten des Bundes von 42,5 Milliarden Euro im Jahr 2027. Bis 2030 wird dieser Wert seiner Simulation zufolge auf 66,5 Milliarden Euro pro Jahr ansteigen. Damit liegen die vom IMK berechneten Zinskosten für die kommenden vier Jahre aber immer noch um insgesamt 28 Milliarden Euro unter dem Wert, mit dem das Finanzministerium plant. Man arbeite hier mit einem übertrieben großen Sicherheitspuffer, urteilt Seipp. Es sei „sehr wahrscheinlich, dass die Haushaltsentwicklung tatsächlich günstiger ausfällt, als der Finanzminister offiziell annimmt“.

Kreditfinanzierte Verteidigung auf Dauer nicht nachhaltig

In einem längerfristig angelegten Szenario betrachtet der Forscher die Schuldenentwicklung bis 2050. Die Schuldenquote des Bundes steigt in dieser Projektion von 51,9 Prozent 2030 auf 70,8 Prozent im Jahr 2050. Am Ende würden drei Viertel der seit 2020 neu aufgenommenen Schulden und über 60 Prozent aller Schulden des Bundes „allein aus der Verteidigung resultieren“. Bei Zinsen von durchschnitt-

Teure Verteidigung

So entwickelt sich die Schuldenquote des Bundes infolge der Ausgaben für ...



Quelle: IMK 2026

Hans Bäckler
Stiftung

lich drei Prozent klinge dies zunächst nach einer Belastung, die gesamtwirtschaftlich noch zu schultern ist, so Seipp. Aber: „Da der Bund nur über eine im internationalen Vergleich niedrige Steuerquote von 8,3 Prozent des BIP verfügt, würden so etwa ein Viertel seiner Steuereinnahmen allein für Zinsen aufgewendet.“

Daher erscheine die finanzielle Situation des Bundes in diesem Szenario als nicht tragfähig. „Eine dauerhafte Finanzierung der höheren Verteidigungsausgaben über Kreditaufnahme ist nicht mit einer nachhaltigen Staatsfinanzierung vereinbar“, so Seipp. Wenn Bundesregierung und Bundestag das hohe Niveau der Verteidigungsausgaben dauerhaft aufrechterhalten wollen, müssen sie „einen größeren Teil der Verteidigungsausgaben über Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen an anderer Stelle finanzieren“. <

Quelle: Klaus Seipp: Höheres Zinsniveau und Zinsen für Verteidigungsschulden engen Spielräume des Bundes ein, IMK Policy Brief Nr. 219, Juli 2026 [Link zur Studie](#)